



Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1991

Einzelplan 20 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr
- Drucksachen 11/800 und 11/1250 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung - wird, soweit die Zuständigkeit des Ausschusses gegeben ist, unverändert angenommen.

Bericht

I Allgemeines

Der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen hat die in seine Zuständigkeit fallenden Ansätze des Haushaltsentwurfs der Landesregierung in den Sitzungen am 9. und 30. Januar sowie am 6. März 1991 beraten. Dabei nahm er einführende Berichte des Ministers für Stadtentwicklung und Verkehr sowie der Ministerin für Bauen und Wohnen entgegen und führte darüber eine Aussprache. Anschließend folgte eine Einzelberatung der Haushaltsansätze, soweit sie den Bereich des Ausschusses betreffen.

II Aus den Beratungen

A Zum Personaletat

In seiner Sitzung am 30. Januar 1991 hat der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen die Personalkostenansätze in den Einzelplänen 14 und 15, soweit seine Zuständigkeit gegeben ist, abschließend beraten. Dabei ist die Regierungsvorlage mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. bestätigt worden. Die Vertreterin der Fraktion DIE GRÜNEN hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

B Sachtitel

In der abschließenden Beratung am 6. März 1991 beschloß der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen auf Antrag der SPD-Fraktion, daß Bauland für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus künftig bis zu 50 % unter dem Verkehrswert veräußert werden kann. Die Landesregierung wurde aufgefordert, eine entsprechende Regelung auch für die Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Bisläng können diese Grundstücksgeschäfte nur bis zu 30 % rabattiert werden. Weitergehende Anträge wurden von SPD-Sprechern nicht gestellt, da die Ergänzungsvorlage der Landesregierung bereits die durch Deutsche Einheit und Golfkrieg bedingten Einsparungen enthalte. Ansonsten wurde der Haushaltsentwurf der Landesregierung, soweit es den Bereich des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen betrifft, in der Fassung der Regierungsvorlage unter Einbeziehung der vorgelegten Ergänzung unverändert angenommen.

Im einzelnen hatten die Mitglieder des Ausschusses eine Vielzahl von Änderungsanträgen zu beraten. Dabei konnte kein Antrag der Oppositionsfraktionen eine Mehrheit finden. Inhaltliche Positionen wurden angesichts der bekannten Standpunkte nur summarisch ausgetauscht, zumal die bevorstehende Plenardebatte ausreichend Gelegenheit dazu bietet.

Die CDU-Fraktion hatte sich schwerpunktmäßig dafür eingesetzt, daß der Antrag "250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995" für einen Förderjahrgang umgesetzt wird. Damit konnte sie jedoch ebensowenig durchdringen wie mit ihrem Begehren, durch Umschichtungen bei der Stadterneuerung und beim Schulbauprogramm einen mit 105 Mio DM dotierten Ansatz mit der Zweckbestimmung "Kommunale Wohnungsbauförderung" zu begründen.

Ein Kürzungspaket legte die F.D.P.-Fraktion vor. Auch diese Anträge konnten keine Mehrheit finden.

Ähnlich erging es den ausführlich begründeten Anträgen der Fraktion DIE GRÜNEN. Sie wollten erreichen, daß die zu erwartenden Mehreinnahmen bei Angleichung der Fehlbelegungsabgabe an die Vergleichsmieten auch für den Ankauf von Belegungsrechten eingesetzt werden können. Vordringlich sollten die Mehreinnahmen für den Erwerb von bisher Alliierten Streitkräften und ihren Angehörigen bewohnten Bundes- und privaten Wohnungen eingesetzt werden. Auch war an den Ankauf von aus der Bindung auslaufendem und spekulationsbedrohtem Wohnraum gedacht. Weitere Initiativen zielten dahin, ein Sonderprogramm zum energiesparenden, ökologischen und sozialen Mietwohnungsbau aufzulegen sowie einen wohnungspolitischen Interventionsfonds für Kommunen und Kommunalverbände zu schaffen. Alle diese Initiativen konnten ebensowenig eine Mehrheit finden wie die Anträge, mangels Finanzierungsmöglichkeiten Pläne zur Neugestaltung des Regierungsviertels in Düsseldorf zunächst zurückzustellen.

C Anträge

Die von den Fraktionen vorgelegten Anträge sind in der nachfolgenden Liste aufgeführt.

Pfänder
Vorsitzender

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
zum Einzelplan 20

I.f.d. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 20 030 Titel 883 11 Die Zuweisungen für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung sollten um 45 Mio DM reduziert werden. Wegen der Einzelheiten wird auf Anhang 1 verwiesen. Die CDU-Fraktion wollte mit ihrem Antrag ein besonderes Wohnungsbauprogramm für die Kommunen auflegen, um einen Anreiz für entsprechende Initiativen auf kommunaler Ebene zu schaffen. Sie verwies darauf, daß manche Maßnahmen der Verkehrsberuhigung zu aufwendig durchgeführt würden und man der teilweise zu beobachtenden Verschwendung öffentlicher Mittel nicht Vorschub leisten wolle. Angesichts der Notwendigkeiten beim Wohnungsbau sei es möglich, mit einfacheren Mitteln Verkehrsberuhigung durchzuführen und hier zu Streckungen zu kommen. Eine weitere Deckungsmöglichkeit für das Programm wurde in den Schulbaumitteln gesehen, die um 60 Mio DM reduziert werden sollten. Diese Einsparungen waren vorgesehen beim Bau von Gesamtschulen. Allerdings ist hierfür eine Zuständigkeit des Ausschusses nicht gegeben.</p> <p>Sprecher der SPD-Fraktion machten deutlich, daß es nicht angehen könne, notwendige städtebauliche Maßnahmen zugunsten anderer Bereiche zurückzustellen und so zu einem Ausdünnen dieser wichtigen Politikansätze zu kommen. Allerdings könnte man sich schon vorstellen, daß im Ansatz manche Verkehrsberuhigungsmaßnahme weniger aufwendig ausfallen könne. Dies sei aber eine Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Die Sprecherin der Fraktion</p>	<p>mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU bei Stimm- enthaltung F.D.P. ab- gelehnt</p>

Lfd.Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
noch CDU-	Antrag Nr.	<p>DIE GRÜNEN vermochte den Ansatz der CDU inhaltlich nicht zu teilen, da sie gerade die Verzahnung von Städtebauförderungs- und Wohnungsbaupolitik in den vergangenen Legislaturperioden als großen Pluspunkt gesehen habe. Der Sprecher der F.D.P.-Fraktion war sich nicht sicher, ob bei einer Kürzung des Ansatzes nicht die Wirkung eintrete, daß nicht einzelne Maßnahmen abgespeckt, sondern insgesamt weniger Maßnahmen gefördert würden. Abschließend machte der Staatssekretär des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr deutlich, daß die Landesregierung den Gemeinden Förderungsmöglichkeiten anbiete und daß aktuell eine Bewertung von Einzelmaßnahmen der Verkehrsberuhigung vorgenommen worden sei. Hierzu gebe es eine interessante Broschüre, wie mit wirksamen Standards bei pauschaler Bezuschussung eine sinnvolle Verkehrsberuhigung erfolgen könne.</p>	
2	GRÜNE	<p><u>Kapitel 20 030 Titel 883 11</u> Analog den Anträgen zu <u>Kapitel 15 021 und 15 040</u> wollte die Fraktion DIE GRÜNEN bei den Zuweisungen für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung erreichen, daß verbindliche Erläuterungen zur ökologischen Stadterneuerung festgeschrieben werden. Wegen der Einzelheiten wird auf <u>Anhang 2</u> verwiesen</p>	mit SPD gegen DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung CDU und F.D.P. abgelehnt
3	CDU	<p><u>Kapitel 20 030 Titel 883 12</u> Unter diesem neuen Titel sollte ein Ansatz von 105 Mio DM mit der Zweckbestimmung "Kommunale Wohnungsbauförderung" ausgebracht werden. Wegen der Einzelheiten wird auf <u>Anhang 1</u> verwiesen.</p>	mit SPD und DIE GRÜNEN gegen CDU bei Stimmenthaltung F.D.P. abgelehnt

Änderungsanträge der Fraktionen
 im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen
 zum Einzelplan 20

I.f.d. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	GRÜNE	<p><u>Kapitel 20 630 Titel 711 20</u> Der Leertitel für die Maßnahmen zur Gestaltung des Regierungsviertels in Düsseldorf sollte gestrichen werden, da keine Finanzierungsmöglichkeiten bestehen.</p>	<p>mit SPD gegen DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Stimmenthaltung CDU abgelehnt</p>
5	GRÜNE	<p><u>Kapitel 20 630 Titel 781 00</u> Auch dieser Leertitel "Errichtung eines Dienstgebäudes für das Innenministerium" sollte mit analoger Begründung gestrichen werden.</p>	<p>mit SPD gegen DIE GRÜNEN und F.D.P. bei Stimmenthaltung CDU abgelehnt</p>
6	GRÜNE	<p><u>Kapitel 20 630 Titel 783 10</u> Beim Umbau des Ständehauses sollten 10 Mio DM eingespart werden, da zur Zeit keine Finanzierungsmöglichkeiten bestehen. In der Ergänzungsvorlage ist der Ansatz von 12 auf 10 Mio DM reduziert, wodurch dem Antrag teilweise Rechnung getragen wird.</p>	<p>mit SPD gegen DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung CDU und F.D.P. abgelehnt</p>
7	GRÜNE	<p><u>Kapitel 20 630 Titel 821 00</u> Der Erwerb von unbebauten und bebauten Grundstücken für den Bau- und Unterbringungsbedarf des Landes sollte von 59 um 40 auf 19 Mio DM gekürzt werden, da zur Zeit keine Finanzierungsmöglichkeiten gesehen werden. Hierzu wies der Vorsitzende darauf hin, daß der Finanzminister in einer der letzten Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses erklärt habe, daß die Ankäufe aus Verkäufen finanziert würden.</p>	<p>mit SPD gegen DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung CDU und F.D.P. abgelehnt</p>

Änderungsanträge der Fraktion der CDU
im Ausschuß „Städtebau + Wohnungswesen“
zum Einzelplan 20, Haushalt 1991

Antrag Nr.	**Antrag (evtl. Begründung)	**Abstimmungs- ergebnis
1	<p>Kapitel 20 030</p> <p>a) Titel 883 11 - Zuweisungen für Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung. Der Ansatz wird um 45 Mio DM reduziert.</p> <p>b) Es wird ein neuer Titel 883 12 mit der Zweckbestimmung "Kommunale Wohnungsförderung" und einem Ansatz von 105 000 000 DM ausgebracht</p> <p>c) Titel 883 13 - Zuweisungen für die Durchführung des Schulbauprogramms. Der Ansatz wird um 60 Mio DM reduziert.</p> <p><u>Begründung:</u> Angesichts der Wohnungsnot ist es erforderlich, die Kommunen aufzufordern, eigene Wohnungsförderung zu betreiben. Als Anreiz hierzu werden den Kommunen hierfür im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Die Mittel werden eingespart bei der Verkehrsberuhigung im Rahmen der Stadterneuerung und bei den Mitteln für den Bau von Gesamtschulen im Rahmen des Schulbauprogramms.</p>	

Änderungsantrag

**der Fraktion DIE GRÜNEN
Zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**

**"Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 - Haushaltsgesetz
1991"
(Haushaltsplanentwurf der Landesregierung 1991; Drucksache 11/800)**

**hier: Geschäftsbereich des Ministers für Stadtentwicklung und
Verkehr**

**In Kapitel 15 021
erhält der Titel 883 61 "Zuweisungen an Gemeinden und
Gemeindeverbände" (S. 46 des Einzelplans 15)**

**in Kapitel 15 040
der Titel 331 10 "Finanzhilfen des Bundes für städtebauliche
Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen"**

**sowie in Kapitel 20 030
der Titel 883 11 "Zuweisungen für die Förderung von Maßnahmen zur
Städterneuerung" folgende nähere**

Erläuterungen:

Maßnahmen der ökologischen Stadterneuerung werden bevorzugt gefördert. Zuschüsse für den Bau von innerstädtischen Tiefgaragen und Parkhäusern werden nicht gewährt.

Eine weitere Priorität haben Maßnahmen, die bisher von militärischen Einrichtungen genutzte innerstädtische oder stadtnahe Flächen für Zwecke des Wohnungsbaus und/oder der stadtnahen Gewerbeansiedlung erschließen.

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Begründung:

Programme der ökologischen Stadterneuerung bedürfen der bevorzugten Förderung.

Der Bau von weiteren Parkflächen innerhalb städtischer Gebiete hat die Zunahme von Verkehr innerhalb dieser Gebiete zur Folge. Sie lösen keine Verkehrsprobleme, sondern verschärfen sie. Parkhäuser und Tiefgaragen dürfen deshalb nur noch als Umsteigestation zu öffentlichen Verkehrsmitteln an Haltepunkten und Bahnhöfen regionaler und überregionaler Schienenstrecken gefördert werden. Bisher von militärischen Einrichtungen genutzte Flächen und Gebäude bieten einen wichtigen Ansatz, wohnungs- und städtebauliche Problem zu lösen.